

Herrn  
Oberbürgermeister  
Uwe Richrath  
Friedrich-Ebert-Platz 1

51373 Leverkusen

**FRAKTION LEVERKUSEN**

Friedrich-Ebert-Straße 96  
51373 Leverkusen  
Telefon: 02 14 / 406-87 20

info@cdufraktion-lev.de  
<http://cdufraktion-lev.de>

Unser Zeichen: ta / mi

Leverkusen, 1. Dezember 2021

## Verkehrskonzept Bruno-Wiefel-Platz

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Richrath,

bitte setzen Sie nachfolgenden Antrag auf die Tagesordnung die Sitzung der zuständigen Gremien:

1. Die Stadtverwaltung ermöglicht in Zusammenarbeit mit der Wupsi GmbH zeitnah einen Test mit einer Buslinie mit dem Ziel, eine mögliche alternative Verkehrsführung des Busverkehrs im Bereich Gerichtsstraße / Busbahnhof Leverkusen-Opladen zu erproben, um Vor- und Nachteile festzustellen und diese als Grundlage für eine spätere grundsätzliche Entscheidung nutzen zu können.
2. Die Stadt ermöglicht zeitnah testweise für den Individualverkehr die Öffnung der Gerichtsstraße in eine Richtung. Dadurch sollen Vor- und Nachteile festgestellt werden, die als Grundlage für eine spätere grundsätzliche Entscheidung genutzt werden können.
3. Im Interesse einer mehrfach angestrebten Aufgabe der Bunkerparkplätze auf der Bahnhofstr. schafft die Verwaltung die Voraussetzungen dafür, dass im Rahmen des Baus neuer Parkplätze am Bahnquartier Opladen durch Cube Real Estate 50 Plätze zusätzlich errichtet werden. Dieser Mehrbedarf ist mit dem Investor abzustimmen und die Kostenfrage zu klären.

### Begründungen:

Die städtebaulichen Veränderungen im Bereich der Neuen Bahnstadt haben bereits zu vielen positiven Eindrücken und Entwicklungen geführt. Nachdem die Ostseite nunmehr fast fertiggestellt ist, gilt es nun, die Westseite zu gestalten.

### **Zu 1.**

Durch die unmittelbare Nähe zur Innenstadt von Opladen und als Verbindungsstück vom DB-Bahnhof zur Fußgängerzone Bahnhofstraße kommt der Gestaltung der Bebauung am Bruno-Wiefel-Platz, dem ehemaligen Busbahnhof, eine besondere Bedeutung zu. Dabei sollte die aktuelle bauliche Verzögerung als Chance begriffen werden, noch einmal vom Ergebnis her die einzelnen Teilkomponenten zu überdenken. Es ist allen bewusst, dass jetzt Entscheidungen zu treffen sind, die für die nächsten Jahrzehnte Bestand haben werden. Daher sollte das Ziel der politischen Entscheidungsträger sein, ein bestmögliches Ergebnis zu beschließen, um die Anbindung des Bahnhofs an die Innenstadt via Bruno-Wiefel-Platz mit so wenig Verkehr wie möglich zu beeinträchtigen. Konkret geht es um die Verkehrsführung der Buslinien, die bislang nach der Haltestelle Gerhart-Hauptmann-Str. über die Gerichtsstraße den Busbahnhof Opladen anfahren bzw. in die andere Richtung wieder verlassen.

Bleibe es bei der aktuellen Verkehrsführung, dann würde es einen permanenten Busverkehr auf der Wegeachse DB-Bahnhof - Bahnhofstraße geben. Sowohl für die Busfahrerinnen und Busfahrer als auch für die Fußgängerinnen und Fußgänger wäre es eine Herausforderung, auf die jeweils anderen Verkehrsteilnehmenden zu achten. Ein entspanntes Schlendern oder auch durchgehende Außengastronomie wären faktisch nicht möglich.

Als denkbare Lösung bietet sich an, den Busverkehr von der Gerichtsstraße über die Freiherr-vom-Stein-Straße, den (neuen) Kreisverkehr und die Europa-Allee zum Busbahnhof zu führen. Es ist bewusst, dass dieser Weg etwas länger ist und Auswirkungen auf den Fahrplan hätte. Auch gälte es zu untersuchen, welche Auswirkungen es hinsichtlich der Lärmemission für die Bewohner der Freiherr-vom-Stein-Straße gäbe.

Daher wird vorgeschlagen, zeitnah nach Fertigstellung des Nordkreisels Ende November (noch vor Beginn der Neubauaktivitäten durch Cube Real Estate) einen Test mit einer Buslinie zu beginnen, um genau diese Fragestellungen am Ende auch beantworten zu können.

Für den städtebaulichen Charakter des gesamten Areals rund um den Bruno-Wiefel-Platz wäre das Umfahren durch den Busverkehr ein enormer Gewinn, den es intensiv zu prüfen gilt, bevor weitere Entscheidungen getroffen werden, die diese Möglichkeit unwiederbringlich zunichtemachen würden.

### **Zu 2.**

In diesem Zusammenhang gilt es aber auch, die seit langem bekannten Schwachstellen bei der Verkehrsführung in der Innenstadt von Opladen nicht aus dem Auge zu verlieren. So ist es durch die Sperrung einer Durchfahrt der Gerichtsstraße aktuell nur möglich, diesen Bereich wieder im Kreis über die Straße Am Abtshof und An St. Remigius mit der bekannt „komplexen“ Ampelanlage zu verlassen, um über die Düsseldorfer Str. zum Berliner Platz zu kommen. Durch die Marienschule, das Amtsgericht und das Krankenhaus sind diese Straßen bereits voll ausgelastet, eine Entlastung des weiteren „Durchgangsverkehrs“ könnte zu einer deutlichen Verbesserung der Verkehrssituation in der Innenstadt führen.

Als denkbare Lösung bietet sich an, den Individualverkehr von der Gerichtsstraße über die Freiherr-vom-Stein-Straße zum (neuen) Kreisverkehr zu führen. Von dort sind Weiterfahrten Richtung Europa-Allee, Lützenkirchener Str. oder Bergisch-Neukirchen problemfrei möglich.

Daher wird vorgeschlagen, zeitnah nach Fertigstellung des Nordkreisels Ende November (noch vor Beginn der Neubauaktivitäten durch Cube Real Estate) testweise eine (einseitige) Freigabe der Gerichtsstraße in Richtung Kreisverkehr zu beschließen, um Erkenntnisse zu gewinnen, ob eine solche Verkehrsführung auch auf Dauer eingerichtet werden könnte.

### Zu 3.

Durch den neuen Investor Cube Real Estate ist beabsichtigt, eine Tiefgarage auf dem Gelände des ehemaligen Busbahnhofs zu bauen. Die Tiefgarage soll ca. 300 Stellplätze erhalten und damit ca. 80 Stellplätze weniger als im vorherigen Entwurf. Die Plätze berücksichtigen nur den Eigenbedarf aus der Nutzung des Gebäudes (Wohnen, Einzelhandel, Büro, Gastro, Hotel). Ein öffentliches Parkangebot soll hier nach derzeitigem Stand nicht erfolgen.

Das widerspricht der Aussage der Stadt Leverkusen. In der Ausgabe 8 von z.d.A.: Rat wird auf Seite 320f. zum Bunkerareal auf der Bahnhofstr. ausgeführt:

*„Es gibt einen direkten kausalen Zusammenhang zwischen der Fertigstellung des Parkhauses auf der nbso-Westseite und einer erst dann möglichen Nutzung des aktuell als Stellplatzfläche genutzten Bunkerareals. Insofern ist die Annahme richtig, dass es durch die Verzögerung des Neubaus im Norden der nbso-Westseite auch zu einer Verzögerung der Realisierungsmöglichkeit einer alternativen Nutzung des Bunkerareals kommen wird. Die derzeit bestehenden öffentlichen und privaten Parkflächen (zum Teil auch Garagen) auf dem Bunkerareal können nicht ersatzlos entfallen.“*

Da der Investor davon ausgeht, lediglich Stellplätze für den Eigenbedarf zu bauen, ist unklar, wo die Ersatzparkplätze für das Bunkergelände, welches über alle politischen Lager hinweg einer deutlichen Aufbesserung bzw. Neugestaltung bedarf, herkommen sollen? Insoweit besteht ein großes Eigeninteresse der Stadt, beim Bau der Parkplätze im Bahnhofsquartier auch auf ein öffentliches Parkangebot zu achten. Mindestens 50 weitere Parkplätze sollten daher in diesem Zusammenhang hergestellt werden.

Noch immer ist unklar, ob das Remigius-Krankenhaus im Zuge dieser Baumaßnahme zusätzliche Parkplätze für die eigenen Mitarbeitenden und Besucher langfristig anmieten möchte. Bisherige Nachfragen führten noch zu keiner eindeutigen Rückmeldung, Gespräche des Krankenhauses mit dem Investor wurden nach hiesiger Kenntnis noch nicht geführt. Dabei würde es eine sehr gute Möglichkeit bieten, den eigenen Beschäftigten sowie den Besuchern ein attraktives Parkangebot zu unterbreiten.

Mit freundlichen Grüßen

  
Ina Biermann-Tannenberger  
Ratsfrau

gez.

Matthias Itzwerth  
Bezirksvertretung II